

ANTRAG GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom: 19.09.2006 eingegangen: 19.09.2006	Gremium:	28. Plenarsitzung des Gemeinderates
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	24.10.2006 833 9 öffentlich Dez. 2
Kompetenzzentrum Energie		

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Das im Antrag skizzierte Kompetenzzentrum Energie ist weitgehend deckungsgleich mit bereits vorhandenen konkreten Überlegungen des Bürgermeisteramtes und der Stadtwerke zur Schaffung einer entsprechenden Einrichtung. Seit geraumer Zeit laufen diesbezüglich vorbereitende Arbeiten seitens der Stadtwerke, die sich mit der Konzeption einer derartigen Einrichtung befassen. Sie könnte den Namen „ZNE Zentrum für nachhaltige Energie“ tragen und in erster Linie als Netzwerkkoordinator fungieren mit dem Ziel, Karlsruhe zu einer Modellregion der nachhaltigen Energieversorgung zu entwickeln. Der Auftrag an ein zu gründendes ZNE sollte daher in einer Bündelung der Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bewusstseinsbildung, Verbreitung innovativer Energietechnik, Forschungsförderung und Wissenstransfer sowie Aus- und Weiterbildung bestehen.

Das ZNE ist in den Folgejahren in ein von der Stadt moderiertes Forum und Netzwerk aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft einzubinden. Es ist in engem Zusammenhang mit der möglichen Einrichtung eines Science Centers zu sehen und wäre dann - je nach inhaltlicher Ausrichtung des Science Centers - als Keimzelle in ein solches zu integrieren.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Kann derzeit noch nicht beziffert werden.					
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Ergänzende Erläuterungen:					
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit Stadtwerke Karlsruhe GmbH		

Als Standort käme möglicherweise das Gelände des ehemaligen Gaswerks Ost an der Schlachthausstraße in Betracht: dort bestünde evtl. die Möglichkeit, Flächen, technische Einrichtungen und ausbaufähige Räumlichkeiten für Ausstellungen oder Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Außerdem erscheint der Standort unter dem Aspekt der städtebaulichen Entwicklung des Umfeldes (Konversion Schlachthof, Kreativpark Ostau) sehr gut geeignet.

Das Bürgermeisteramt beabsichtigt, die entsprechenden Karlsruher Akteure für ein Zustandekommen dieses Projektes anzusprechen. Dabei wären die näheren Aufgaben des ZNE und die finanzielle Ausgestaltung zu erörtern.

Ein Themenkreis der Zukunftsaufgaben des ZNE wird bereits durch eine Projektgruppe realisiert:

Mit dem „Geothermie-Zentrum Karlsruhe“ (GTZ Karlsruhe) befindet sich eine Einrichtung im Entstehen, in der eine Reihe von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen aus Karlsruhe und der TechnologieRegion in einem engen Netzwerk zur Nutzung der Erdwärme zusammenarbeiten.

Dazu gehören:

- Das Karlsruhe Institute of Technology (KIT) mit den Partnern
 - Universität Karlsruhe (TH) und
 - Forschungszentrum Karlsruhe GmbH,
- die EnBW Energie Baden-Württemberg AG,
- die HotRock GmbH,
- die GeoThermal Engineering GmbH,
- die Siemens AG, Niederlassung Karlsruhe,
- das Fraunhofer-Institut System- und Innovationsforschung,
- die Stadtwerke Karlsruhe GmbH,
- die TechnologieRegion Karlsruhe GbR.

Mit der Gründung des Geothermie-Zentrums Karlsruhe soll gemäß einer im August 2006 unterzeichneten Absichtserklärung die Zusammenarbeit der genannten Partner intensiviert werden und die technologische Basis für die oberflächennahe und tiefe Erdwärmennutzung maßgeblich weiterentwickelt werden. Es soll als Know-How- und Technologietransferzentrum und gemeinsame Plattform für Forschung, Wirtschaft, Politik und Bürger die Nutzung der Erdwärme fördern und dabei den Vorsprung der baden-württembergischen Einrichtungen sichern und ausbauen.